

Ratsherr Logemann spricht sich im Namen der FDP-Fraktion für den Beschlussvorschlag aus, unter Beibehaltung der Beachtung der Sonderregelung für bedürftige Menschen.

Die CDU-Fraktion, so erklärt Ratsherr Beißel, werde angesichts der anstehenden Steuererhöhungen seitens der Bundesregierung diese Erhöhung nicht mittragen. Er schlägt vor zu ermitteln, wie groß die Zahl der nicht gemeldeten Hunde ist.

Ratsherr Huth sieht nicht, warum angesichts allgemeiner Steuererhöhungen, diese Steuer nicht angepasst werden sollte. Wie Ratsherr Beißel spricht er sich für eine Hundezählung aus, um auch hier bestehende Lücken zu schließen.

Ratsherr Wehage führt aus, dass eine Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt eine negative Wirkung in der Bevölkerung hervorrufen könnte. Rheinbach befinde sich auf dem gleichen Steuerlevel wie andere Kommunen. Jetzt eine Vorreiterrolle zu übernehmen, gebe das falsche Signal.

Ratsherr Logemann unterstützt Ratsherrn Wehage und schlägt vor, die Angelegenheit zu vertagen und die endgültige Entscheidung in der nächsten Sitzung zum Haushalt zu fällen.

Die SPD-Fraktion, führt Ratsherr Danz aus, folge dem Vorschlag der Verwaltung.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Raetz, lässt sodann über den Vertagungsantrag von Ratsherrn Logemann abstimmen.